



Deklaration des Welt-Roma-Kongresses 2023

Der Welt-Roma-Kongress tagte vom 15. bis 17. Mai 2023 in Berlin mit Teilnehmer:innen aus 30 Ländern aus der ganzen Welt: Indien, USA, Deutschland, Frankreich, Belgien, Kosovo, Türkei, Polen, Serbien, Bulgarien, Rumänien, Dänemark, Schweden, Weißrussland, Slowakei, England, Tschechische Republik, Mazedonien und vielen mehr, um sich mit den dringenden Herausforderungen der Roma-Communities weltweit auseinanderzusetzen. Im Mittelpunkt stand die aktuelle Lage der Roma: die weltweite Diskriminierung, die Situation der geflüchteten Roma und die Bedrohung der Community durch den zunehmenden Rechtsextremismus. Besonders intensiv war die Diskussion über den Zustand der Roma-Bewegung. Der Kongress wurde weltweit online gestreamt, so dass Tausende die Präsentationen verfolgten und über die sozialen Medien diskutieren konnten. Wir sind uns einig, dass wir auf unserem Selbstverständnis als Nation bestehen und die Einstufung als ethnische Minderheit ablehnen müssen.

Die Diskussionen sind dringend notwendig, denn wir befinden uns in einer Notsituation. Trotz des anhaltenden Kampfes gegen Diskriminierung, Rassismus und Anti-Romaismus nehmen diese weltweit weiter zu. Der Krieg in der Ukraine stellt eine große Bedrohung dar – nicht nur für die Roma in der Ukraine, sondern auch für unsere Communities in den Ländern, auf die der Krieg überzugreifen droht. In diesen Ländern leben viele Roma, die kaum staatlichen Schutz genießen und gleichzeitig ein hohes Maß an struktureller und institutioneller Diskriminierung erfahren.

Roma besetzen keine Gebiete, begehen keine Terroranschläge, führen keine Kriege und kämpfen mit gewaltfreien Mitteln um ihre Emanzipation.

Dennoch gehören wir zu den am meisten gehassten Völkern. Deshalb haben wir uns entschlossen, Fehler nicht zu wiederholen, insbesondere im Zusammenhang mit vergangenen und aktuellen Kriegen und Konflikten. Roma erhielten auch als Kriegsgeflüchtete nicht den notwendigen Schutz.

Die Transformationsprozesse nach dem Ende des Kalten Krieges haben die sozioökonomische Ausgrenzung, Diskriminierung und Marginalisierung der Roma in vielen Ländern verstärkt. Der Aufstieg des Nationalismus und anderer reaktionärer Ideologien machte die Roma zu Sündenböcken. Die Kriege in Jugoslawien machten viele Roma heimatlos. Sie leben bis heute in der Diaspora.

Auch über den vergessenen Krieg in Syrien wurde berichtet. Die Tatsache, dass die Dom-Community, die Roma im Nahen Osten, durch diesen Krieg vertrieben wurde, bleibt unerkannt.

Insbesondere strukturelle und institutionelle Diskriminierung wird in allen europäischen Ländern oft nicht erkannt oder gar ignoriert. Rassistische Gewalt ist in vielen Ländern ein gravierendes Problem. Rechtsextremismus und Rechtspopulismus in Politik und Gesellschaft bedrohen Roma-Communities in ganz Europa.

Wir haben keine Zeit zu verlieren. Mit dem Welt-Roma-Kongress haben wir eine Plattform geschaffen, auf der wir uns alle zwei Jahre treffen werden, um die Roma-Bevölkerung weltweit über die aktuelle Situation zu informieren, sich mit der aktuellen Politik auseinanderzusetzen und Strategien, Strukturen und Forderungen zu diskutieren. Eine generelle Reform der Roma-Politik ist notwendig.

Wir erklären hiermit die folgenden Bedürfnisse und Forderungen, um eine bessere Zukunft für die Roma-Nation zu gewährleisten:

Im Bereich der Rechte und der Gerechtigkeit:

- geeignete Maßnahmen zu ergreifen, um den Völkermord an den Roma in ganz Europa während des Zweiten Weltkriegs anzuerkennen;
- Anerkennung des 13. Juni als Gedenktag für die 1999 aus dem Kosovo vertriebenen Roma; Klärung der Frage nach dem Eigentum der Roma, das ihnen während und nach dem Kosovo-Krieg gestohlen wurde; Entschädigung für die zerstörten Häuser der Roma; Entschädigung für die Verletzungen, die sie erlitten haben, als sie in bleivergiftete Lager gezwungen wurden;
- Entwicklung eines vereinfachten Aufnahmeverfahrens für Roma, die aus Kriegsgebieten fliehen; Roma ohne Papiere müssen die gleichen Rechte haben wie Roma mit Papieren;
- Schaffung eines Schutzstatus für Roma, die vor Pogromen, staatlicher und nichtstaatlicher Verfolgung sowie struktureller und institutioneller Diskriminierung fliehen;
- auf die Einführung von Gesetzen gegen Anti-Romaismus und andere positive Gesetzesänderungen hinarbeiten, einschließlich der Umsetzung bestehender Vorhaben im Bereich der Antidiskriminierungsgesetze;

- das Eintreten für die vollen Rechte der Roma in allen Bereichen und auf allen Ebenen der sozialen, gesundheitlichen, wirtschaftlichen und politischen Teilhabe;
- Bildung von Teams zum Monitoring struktureller, institutioneller und individueller Diskriminierung sowie von Hassverbrechen gegen Roma;
- Intervention gegen alle derartigen Straftaten gegen Roma;
- Förderung von Rechts- und Sozialberatung, die auf den Schutz und die Vertretung der Rechte von Roma spezialisiert ist; Bekämpfung von Anti-Romatismus in allen Ländern.

Im Bereich der Sensibilisierung und Förderung der Solidarität:

- die Einrichtung von Teams zur Aufklärung von Mitarbeiter:innen in öffentlichen Einrichtungen und internationalen Organisationen gegen Diskriminierung und Anti-Romatismus;
- Sensibilisierung der Mehrheitsbevölkerung für eine ausgewogene Berichterstattung über Roma, Bekämpfung von Stereotypen gegen Roma und Förderung des gegenseitigen Verständnisses;
- ein Roma-Mediennetzwerk einzurichten, das Medien aus Europa zusammenbringt und die Zusammenarbeit mit Roma-Medien fördert, um die Roma-Community zu stärken;
- das Netzwerk sollte die Professionalisierung der Roma-Medien unterstützen, die Vielfalt der Berichterstattung fördern und allgemeine Medienorganisationen auffordern, über die Herausforderungen der Roma zu berichten und das gegenseitige Verständnis zu fördern;
- die Roma-Solidarität zu vertiefen und die kulturellen Beziehungen zu Indien und dem Nahen Osten zu stärken;
- Maßnahmen zu ergreifen, um das Bewusstsein für die Solidarität zwischen Roma und Nicht-Roma zu schärfen, einschließlich der Stärkung von Demokratie und Aktivismus.

Im Bereich der politischen Veränderungen:

- die politische Beteiligung der Roma bei den Vereinten Nationen und ihren Organisationen, in der Europäischen Union und anderen regionalen und internationalen Gremien zu fördern;
- Roma als aktive Mitglieder der politischen Szene zu fördern, einschließlich ihrer Beteiligung an der Stärkung der Demokratie und der demokratischen Prozesse;
- Unterstützung von Antidiskriminierungsmaßnahmen in den Bereichen Bildung, Beschäftigung und Wohnen; der Schwerpunkt muss auf dem Abbau struktureller und institutioneller Diskriminierung liegen;
- Förderung der politischen Vertretung: Öffentliche Einrichtungen sollten sicherstellen, dass Roma angemessen an politischen Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Förderung

von Roma-Führungskräften, Vertretung in Parlamenten und Regierungen, Schaffung von Mechanismen für Roma-Angelegenheiten;

- Einrichtung einer ständigen Vertretung der Roma-Nation in Brüssel, die auf transparenten Strukturen aufbaut; das Büro ist für internationale Anfragen und Notfälle der Roma-Community sowie für die Kommunikation und Lobbyarbeit zuständig;
- die Gründung einer europäischen politischen Roma-Partei, die die Interessen der Roma auf europäischer Ebene vertritt.

Wir sind vereint in unserer Verpflichtung, die Rechte der Roma-Nation zu schützen, das Wohlergehen zu fördern und die Gleichstellung der Roma weltweit zu gewährleisten. Wir müssen uns bemühen, die passive Haltung hinter uns zu lassen. Wir müssen unsere Kräfte bündeln und uns gegenseitig unterstützen. Wir verpflichten uns, für die Bedürfnisse aller Roma einzutreten und damit unsere Zukunft selbst in die Hand zu nehmen. Wir brauchen starke und unterstützende Strukturen in unserer Community. Für unsere Generation und die Generationen, die noch kommen.

Berlin, 17. Mai 2023



Roma Center e.V.



**Kofinanziert von der
Europäischen Union**

Von der Europäischen Union finanziert. Die geäußerten Ansichten und Meinungen entsprechen jedoch ausschließlich denen des Autors bzw. der Autoren und spiegeln nicht zwingend die der Europäischen Union oder der Europäischen Exekutivagentur für Bildung und Kultur (EACEA) wider. Weder die Europäische Union noch die EACEA können dafür verantwortlich gemacht werden.